

Zu den Protesten gegen die „institutionelle Reform“ von oben durch das HFG und allgemeine Studiengebühren – Münster, 24. Mai – Hochschulgruppe attac-campus

Es tut sich etwas an den Universitäten Nordrhein-Westfalens: Natürlich kann von einer "Studentenbewegung" im Sinne der kritischen studentischen Öffentlichkeit der 60'er und 70'er Jahre wohl (noch) nicht die Rede sein - Tatsache ist aber, dass Meinungsvielfalt, Kritik und Diskussion an den Unis Einzug halten und sich damit auch mehr und mehr Kritik an und Protest gegen die "Reform im Doppelpack" von Innovationsminister Pinkwart und der schwarz-gelben Landesregierung manifestiert.

Die von Bonner Studenten durchgeführte "Schwarzer-Peter-Aktion" machte wohl deutlich: die StudentInnen NRW's lassen die Hochschulen sich nicht so ohne weiteres gegeneinander ausspielen wie Imi (Innovationsminister) Pinkwart wohl gehofft hatte.

Der Hintergrund: Durch das „Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetz“ (HFGG) vom 16. März steht es den Unis NRW's frei, "Studienbeiträge" in Höhe von 500 Euro zu erheben oder auch nicht. Die Verantwortung für die Gebührenerhebung wird damit an die einzelne Hochschule abgeschoben.

Ein von manch neoliberaler Seite aus konstruierter "Wettbewerbsdruck" zwischen den Unis soll der Theorie der Gebührenbefürworter nach die Gebühren "notwendig" machen, da jede Anstalt davon ausgehen muss, dass andere Unis ja auch Gebühren einführen, über entsprechende Mehreinnahmen verfügen und mit besseren Studienbedingungen mehr und bessere StudentInnen und ProfessorInnen aufnehmen werden. Das Credo lautet: Wer die zusätzlichen Moneten sich entgehen lässt, wird das Nachsehen haben.

Der Knackpunkt ist die Grundlage, auf der diese Anschauung fußt, die Annahme einer latent vorhandenen Furcht, die auf folgender Sorge beruht: Wir an unserer Uni müssen aus eigener Kraft viel Geld einnehmen, um uns in der Bildungslandschaft zu behaupten.

Diese Furcht ist auf mehreren Ebenen unbegründet und deshalb haltlos: Keine Uni wird gerade wegen 500 Euro mehr oder weniger von jedem Studenten „sich behaupten“ oder „untergehen“. Kalkulationen von Fachschaften verschiedener Unis gehen davon aus, dass ein Großteil der 500 Euro erst einmal selbst für die Verwaltung der Gebühren verwendet werden wird. Weiterhin nimmt man mit Blick auf die Haushaltslage an, dass die Beiträge - wenn sie überhaupt für die Verbesserung von irgendetwas an der Uni eingesetzt werden - für die „Verbesserung“ des Finanzplans, d.h. zum Absenken der roten Zahlen (bei Haushaltsdefiziten in zweistelliger Mio. - Höhe an vielen Unis - so an der RU Bochum 15 Mio. Euro) herangezogen werden. Der Bereich von Forschung und Lehre wird voraussichtlich also gar nicht erreicht werden; der Anteil der Gebühren am Gesamtetat der Uni verschwindend gering sein.

Diese Furcht geht weiterhin davon aus, dass in der Uni-Landschaft so etwas wie "feindliche Übernahmen" passieren könnten, dass man sich gegen die anderen Unis "zu behaupten" hätte.

Natürlich - es gab die sogenannte „Fusion“ der Universitäten Duisburgs und Essens zur "Ruhrgebiets-Uni" Duisburg-Essen. Natürlich - als Wissenschaftler - ob Student oder Dozent, ob Lehrer, Gewerkschafter, Forscher hat man sich im Normalfall einem Minimalkonsens von wissenschaftlichen Regeln und Verfahren anzupassen und sich entsprechend durch die Stringenz der Argumentation und allgemein durch Wissenschaftlichkeit "zu behaupten" - wenn man so sagen möchte.

Auf der anderen Seite gibt es unter den Unis - zumindest unter den öffentlichen Unis der BRD, wage ich festzustellen – keine Entsprechungen der „Global Player“ aus der freien Großwirtschaft - im Gegenteil können sich in NRW Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Lehrerinnen und Lehrer, Studis und Hiwis, Putzkräfte und Bibliothekare, Bauarbeiter und Mensakräfte sich an einer vielfältigen und dichten „Uni-Landschaft“ und

einer entsprechend großen Wahlfreiheit erfreuen, die mit Blick auf Länder mit hochgradig privatisiertem Hochschulwesen längst nicht selbstverständlich ist.

Es ist entsprechend zu folgern, dass ein beträchtlicher Teil dieses Wettbewerb-Paradigmas im Gefolge der Bologna-Strategie der EU konstruiert ist:

Wie gezeigt stimmt es nicht, dass wegen 500 Euro mehr oder weniger Einnahmen pro Student eine Uni "untergehen" oder „sich behaupten“ wird.

Es stimmt nicht, dass man sich im harten Wettbewerb zu bewähren oder unterzugehen habe. Der Großteil aller StudentInnen wird weiterhin Unis besuchen, die weder vom Format Harvards noch Oxfords sein werden. Weder wird ihnen deshalb der Himmel auf den Kopf fallen, noch werden sie aus diesem Grund am Bettelstab enden.

Auf die Karte des Wettbewerbs – frei nach dem Prinzip des "divide et impera" - setzte anscheinend die Landesregierung - nicht sie würde durch das HFGG („Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetz“) selbst die Verantwortung für die Gebühren übernehmen - die einzelnen Unis würden sich schon gegeneinander ausspielen lassen und würden dann selbst die Verantwortung zu tragen und sich Kritik und Protest der StudentInnen an neuen Zugangsbarrieren und Druck zu einem schnellen Abschluss auszusetzen haben.

Diesen Plänen machte man in Bonn nun einen Strich durch die Rechnung – Studentinnen und Studenten übergaben den „Schwarzen Peter“ an das Rektorat - die Verantwortung für eine unsolidarische und undemokratische, ungerechte Hochschulpolitik – und baten die Verwaltung, diesen umgehend an die verantwortliche Landespolitik nach D´dorf zurückzuschicken.

Lasst uns viele „Schwarze Peter“ zurückschicken und Minister Pinkwart klarmachen, dass wir uns nicht einem konstruierten Wettbewerb beugen und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen! Lasst uns uns gemeinsam eine verantwortliche und sozial gerechte Hochschulpolitik bemühen!

Entsprechend fand die kritische Kundgebung vom 16. Mai auch am Ort der entscheidenden Weichenstellungen statt – in der Landeshauptstadt. Gegen die „strukturelle Doppelreform“, gegen eine „institutionelle Revolution“ des nordrhein-westfälischen Hochschulwesens von oben wurde argumentiert und protestiert - gegen das am 16. März verabschiedete „Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetz“ (HFGG) und gegen das geplante „Hochschulfreiheitsgesetz“ (HFG) gleichermaßen.

Dem Entwurf des Hochschulfreiheitsgesetzes nach würde an die Stelle des Senats als rektoratswählendem und auch in anderen Fragen zentralem Gremium per Dekret ein „Hochschulrat“ treten. Da dieser mindestens hälftig mit universitätsexternen Vertretern besetzt wäre und ein solcher auch den Vorsitz inne hätte, wäre die vorgegebene Freiheit der Hochschulen nicht nur konterkariert sondern gewissermaßen gleich ad absurdum geführt. Ein Blick nach Süddeutschland auf die Münchener Ludwigs-Maximilians-Universität zeigt: In diesen Gremien würden in erster Linie die Interessen der Wirtschaft und des Finanzkapitals vertreten – durch entsprechende Delegationen der großen Versicherungshäuser und Wirtschaftsunternehmen – und mitnichten die Interessen der Uni-Angehörigen selbst, nicht die Interessen einer auf Freiheit und Unabhängigkeit im wissenschaftlichen Prozess bedachten Gruppe. Eine Zumutung direktester unverhohlener Art für alle Befürworter von Freiheit von Forschung und Lehre, von Wissenschaft und Bildung! Die Besiegelung des Abschieds von inneruniversitärer Demokratie!

Dem bereits geltenden „Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetz“ (HFGG) nach soll den Unis ein Druck zur Erhebung von Gebühren zur besseren finanziellen Ausstattung suggeriert werden. StudentInnen und Beschäftigte – und einige Professoren, wie berichtet wird - in Bielefeld und Paderborn, in Siegen und Köln, in Bochum und Essen, in Duisburg und Münster, in Bonn und Düsseldorf zeigten mit Demos und Kundgebungen,

Rektoratsbesetzungen und vielerlei politischen Aktionen zur Kritik an allgemeinen, sozial polarisierenden, Forschung und Lehre wohl nicht verbessernden, dafür kleine Forschungsfelder und Fachbereiche gefährdenden „Studienbeiträgen“ deutlich, dass der vermeintliche Druck zwischen den Unis zur Erhebung allgemeiner Gebühren eine allein eine Konstruktion darstellt und sich vielmehr ein uni-übergreifender Konsens zur Aufrechterhaltung eines zugangsfreien und demokratischen Hochschulwesens herausbildet. Bei „allgemeinen Studiengebühren“ an Universitäten geht es vielen natürlich um die dann für jeden Studenten zusätzlich aufzubringenden gut 83 Euro im Monat. Darüber hinaus geht es aber auch um Prinzipielles: mit der Einführung dieses recht gering erscheinenden Satzes bleibt zu prognostizieren – sieht man auf andere Staaten mit allgemeinen Hochschulgebühren –, dass es mittelfristig nicht bei Beiträgen in dieser Höhe (fünfhundert Euro) bleiben wird, sondern der Anteil öffentlicher Finanzierung zurückgehen, der Anteil privater Beiträge steigen wird.

Jegliche öffentlich-politischen Instrumente für eine Aufsicht über das Hochschulwesen, für eine soziale und rationale Hochschulpolitik würden durch einen solchen Prozess gelähmt, da der Einfluss der Öffentlichkeit mit steigendem privaten Anteil sänke und sänke.

Die Abhängigkeit der Bildungschancen des einzelnen vom materiellen Reichtum stiege immens, der Anspruch der Politik auf eine Gewährleistung von Chancengleichheit und sozialem Ausgleich wäre mehr und mehr konterkariert.

Die Gesellschaft entledigte sich selbst der Mittel ihrer hochschul- und bildungspolitischen Gestaltung und Regierung, die politische Sphäre im Bildungsbereich schaffte sich mehr und mehr selbst ab.

In diesem Sinne: alle, „die den Markt auf dem Domplatz lassen wollen“, die die Forderung der 68'er „Schafft alles ab“ anders deuten als Innovationsminister Pinkwart und die hochschulpolitische Sphäre nicht zugunsten der Interessen der stärksten Marktteilnehmer und Großunternehmen bis auf ein Minimum einschränken lassen wollen:

Gemeinsam gegen allgemeine Gebühren, gegen die komplette Verschlankung des Landesapparats und die De-Facto-Selbstauflösung der hochschulpolitischen Sphäre auf Landesebene durch das geplante Hochschulfreiheitsgesetz, gegen eine vermeintliche „Freiheit“ am Markt – diese wird immer die Freiheit des finanzstärkeren aber oft auch des rücksichtloseren sein - , für eine öffentlich geförderte und getragene Freiheit und Autonomie der Universitäten, eine Freiheit im Forschen, Lehren und Studieren, entsprechend für einen freien Zugang zu Hochschulen, für freie Fächerwahl.

24. Mai - attac-campus Münster (Jean-Baptiste Thomas)